

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

vol. XXXI 2-2015

## **GEWERKSCHAFTSARBEIT IN NORD UND SÜD**

Schwerpunktredaktion: Julia Eder

Herausgegeben von:  
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

## Inhalt

- 4 JULIA EDER  
Gewerkschaftsarbeit in Nord und Süd in Zeiten deregulierter  
Globalisierung
- 11 JULIA HOFMANN  
Gewerkschaftsarbeit im Süden Europas: Spanische Gewerkschaften  
sowie Arbeitsbeziehungen vor und nach der Krise
- 31 DEVAN PILLAY  
Zwischen Fragmentierung und Wiederbelebung: COSATU,  
NUMSA und die Politik für die Arbeiterklasse in Südafrika
- 53 TIM PRINGLE, DANIEL FUCHS  
Chinas ArbeiterInnen schlagen zurück: Migrantische Kämpfe und  
Perspektiven gewerkschaftlicher Reform
- 79 DARIO AZZELLINI  
Besetzen, Widerstand leisten, produzieren – Betriebsbesetzungen in  
Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela
- Essays*
- 106 MARCUS STROHMEIER  
Der ÖGB als aktiver Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit:  
Vom internationalen Selbstverständnis
- 114 SEPP WALL-STRASSER  
20 Jahre weltumspannend arbeiten: Internationale  
Gewerkschaftsarbeit ist entwicklungspolitische Arbeit
- 130 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 134 Impressum

**DARIO AZZELLINI**

**Besetzen, Widerstand leisten, produzieren –  
Betriebsbesetzungen in Argentinien, Brasilien,  
Uruguay und Venezuela**

In Lateinamerika wurden in den vergangenen 15 Jahren Hunderte Betriebe von ArbeiterInnen besetzt und in Selbstverwaltung überführt. Am bekanntesten ist der Fall Argentinien, wo Betriebsbesetzungen in den 1990er Jahren ihren Anfang nahmen und in Folge der Krise von 2000/2001 stark anstiegen und zu einer Bewegung wurden. Weniger bekannt ist, dass es auch in Brasilien, Uruguay und Venezuela zu umfangreichen „Rückgewinnungen“ von Betrieben durch ArbeiterInnen kam (Azzellini 2012a; 2012b; Chedid et al. 2013; Novaes/Sarda 2012; Rieiro 2015). Diese Form von Arbeitskampf entstand und entsteht nach wie vor in erster Linie durch die Eigeninitiative der ArbeiterInnen angesichts des Ausbleibens gewerkschaftlicher Gegenwehr. Im vorliegenden Beitrag wird die Entwicklung der Betriebsbesetzungen und der Kämpfe um Arbeiterselbstverwaltung in Argentinien, Brasilien, Uruguay und, in eingeschränkterem Maße, Venezuela betrachtet. Dabei geht es zentral um die Frage nach dem transformatorischen Potenzial der Betriebsbesetzungen zur Produktion unter Arbeiterkontrolle. Dazu wird das Verhältnis zwischen den Praktiken der Betriebsbesetzungen und dem Selbstverständnis und der Praxis der Gewerkschaftsorganisationen untersucht, das Verhältnis zwischen Betriebsbesetzungen und anderen populären Bewegungen und welchen Einfluss die zur Regelung der Situation von den Regierungen erlassenen Gesetze und Maßnahmen auf die Betriebsbesetzungen haben.

Die Besonderheit der Betriebsbesetzungen und der Betriebe unter Arbeiterkontrolle liegt darin, dass – im Unterschied zur Gewerkschaft oder politischen Gruppierung – während der Besetzung oder in der Versammlung des Betriebes unter Arbeiterkontrolle alle ArbeiterInnen zusammen-

kommen (Interview Ruggeri, 15.1.2015). Ganz ähnliche Feststellungen finden sich schon bei den deutschen und österreichischen RätekommunistInnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die feststellten, dass die Parteizugehörigkeit in der allgemeinen Arbeiterversammlung im Betrieb keine Rolle mehr spiele, da alle ArbeiterInnen dort zusammenkommen. Der italienische Aktivist und Philosoph Antonio Gramsci wiederum traf, aufgrund seiner Erfahrung mit den Betriebsbesetzungen und Räten in Turin (Ende 1919 waren in Turin nahezu alle Fabriken von ArbeiterInnen besetzt und 120.000 ArbeiterInnen in Räten organisiert, die die Fortführung der Produktion organisierten) die Feststellung, dass, während Partei oder Gewerkschaft nur gewisse Klassenfraktionen vereinten, der Fabrikrat eine „gesellschaftliche, eine Klasseninstitution“ sei. „Die Berechtigung des Fabrikrats liegt in der Arbeit, in der industriellen Produktion, in einem dauerhaften Zustand und nicht bloß im Lohn, in der Klasseneinteilung – einem vorübergehenden Zustand, der ja gerade abgeschafft werden soll. Deshalb verwirklicht der Rat die Einheit der Arbeiterklasse [...]“ (Gramsci 1967: 42).

Die Finanzkrise Argentiniens 2000/01, die sich schnell in eine ökonomische, soziale und politische Krise verwandelte, stellte den Startschuss für die – mit Höhen und Tiefen – bis heute anhaltende Welle von Betriebsbesetzungen zur Produktion in Arbeiterselbstverwaltung dar (Ruggeri et al. 2014; Sitrin 2012). Die Krise erfasste auch die stark mit Argentinien verknüpfte Wirtschaft Uruguays und führte dort ebenfalls zu Betriebsbesetzungen (Rieiro 2015). Brasilien war in geringerem Maße von der Krise betroffen, aber auch dort kam es zu Besetzungen (Chedid et al 2013; Sardá/Novaes 2012). Venezuela war hingegen in den gleichen Jahren nicht so sehr von einer direkten Wirtschaftskrise betroffen, sondern vielmehr von den wirtschaftlichen Folgen einer politischen Krise. Nationale und transnationale Unternehmen zogen massiv Kapital ab und schlossen Betriebsstätten, da sie die von der 1999 ins Amt gekommenen Regierung Hugo Chávez erlassenen Ressourcen-, Steuer-, Arbeits- und Sozialpolitiken nicht akzeptieren wollten und mittels ökonomischen Drucks die Regierung zu stürzen versuchten. Im Rahmen der sozial und politisch polarisierten gesellschaftlichen Auseinandersetzung kam es auch in Venezuela zu zahlreichen Betriebsbesetzungen durch ArbeiterInnen und zu Enteignungen seitens der Regierung (Azzellini 2010, 2012b).

Zu der aktuellen Krise seit 2008 und den Krisenfolgen lassen sich für die hier untersuchten Länder keine verallgemeinernden Aussagen treffen. Die genannten Länder waren von der Krise 2008 zunächst kaum oder gar nicht betroffen und sind in der Folge im unterschiedlichen Maß von verschiedenen Krisenfaktoren heimgesucht worden. Mit einigen Jahren Verzögerung ist aber seit etwa 2010/11 Argentinien spürbar davon betroffen und Brasilien seit 2013, während Venezuela zwar durchgehend seit 2000 Betriebsschließungen infolge der politischen Klassenauseinandersetzungen verzeichnete, aber erst mit dem starken Verfall der Erdölpreise seit der zweiten Hälfte 2014 in eine schwere Wirtschaftskrise geriet. Allgemein kann dennoch festgestellt werden, dass die Betriebsbesetzungen eine Konsequenz der strukturellen Krise des Kapitalismus (generell der Widerspruch Arbeit–Kapital und aktuell v.a. die strukturelle Überakkumulation des Kapitals, die fortschreitende Entwertung der Arbeit und die Dominanz des Finanzkapitals) sind. In Uruguay hingegen ist die Wirtschaft mittlerweile stark auf agro-industrielle Exporte und den Umbau in einen Finanz- und Dienstleistungsstandort fokussiert, sodass die internationale Krise bis Anfang 2015 nicht zu umfangreicheren Betriebsschließungen geführt hat.

Dennoch kann in allen vier Ländern eine Bewegung von „Rückerobernten Betrieben unter Arbeiterkontrolle“ (RBA), wie die hier behandelten Betriebe im Folgenden genannt werden, ausgemacht werden. Der Begriff ist vom Spanischen *Empresas Recuperadas por sus Trabajadores*, ERT, abgeleitet, der in Argentinien definiert wurde und von ForscherInnen aus Brasilien und Uruguay übernommen wurde. Als RBA werden Betriebe bezeichnet, die zuvor als kapitalistische Unternehmen existierten und deren Schließung oder Bankrott zu einem Kampf der ArbeiterInnen um eine Übernahme unter kollektiver ArbeiterInnenselbstverwaltung geführt hat. Neben einem Prozess der Wiederinbetriebnahme sind also die Anstrengungen von den ArbeiterInnen zugunsten einer von kollektiven Entscheidungsstrukturen geprägten Unternehmensform ausschlaggebend. Ein RBA ist ein sozialer und ökonomischer Prozess (CDER 2014; Chedid et al 2013: 27, 30).

Die Übernahme von Betrieben in ArbeiterInnenselbstverwaltung ist historisch nicht neu. Dies ist seit der Pariser Kommune und vor allem seit Beginn des 20. Jahrhunderts in unterschiedlichsten Krisen und Umbrüchen der Fall gewesen (Azzellini/Ness 2012; Azzellini 2015a; Mandel 1971).

Während sich jedoch die meisten Besetzungen und Übernahmen in Selbstverwaltung der vergangenen einhundert Jahre im Rahmen von Offensiven der ArbeiterInnenklasse und revolutionärer Kräfte abspielten, fanden die Besetzungen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte aus einer defensiven Situation heraus statt. Was Ruggeri für den argentinischen Fall feststellt, trifft mit graduellen Unterschieden auf den Rest Lateinamerikas zu (und im Rahmen der aktuellen Krise auch auf Europa, siehe Azzellini 2015b): „Wir können als besondere Charakteristik die Entwicklung von Prozessen der Arbeiterselbstverwaltung unter sehr schwierigen und rein defensiven Bedingungen feststellen sowie den Widerstand gegen den Verlust der Arbeitsplätze in einem Kontext allgemeiner Krise, ohne bedeutende Unterstützung oder Linderung von Seiten von Parteien, Gewerkschaften oder staatlicher Programme. Es handelt sich um Prozesse der Selbstverwaltung, welche zu Beginn nicht aus revolutionärem oder antikapitalistischem Willen entstehen, sondern aus der Situation der Not und Verlassenheit, in der sich die Arbeiter befanden“ (Ruggeri 2014b: 15). Im Rahmen einer strukturellen Krise des Kapitalismus und eingebettet in eine Krise der traditionellen Gewerkschaftsbewegung, die der rasanten Entrechtung und Verelendung von Arbeit kaum etwas entgegenzusetzen hat, ergreifen ArbeiterInnen die Initiative in einer Situation der Niederlage. Es handelt es sich um genuine und selbstorganisierte Arbeitskämpfe mit denen die ArbeiterInnen Neuland betreten. Die ArbeiterInnen verfügen persönlich nicht über vorangehende Erfahrungen im Kampf um die Übernahme der Produktionsstätte und in der Unternehmensorganisation, auf die sie sich stützen könnten. Sie haben nie zuvor daran gedacht, ihren Betrieb zu besetzen, um unter Arbeiterkontrolle zu produzieren.

Die Ausgangsbedingungen für RBA sind denkbar schlecht. In der Regel haben die Produktionsbetriebe einen überalterten und schadensanfälligen Maschinenpark. Häufig hat der Eigentümer in der Zeit vor der Schließung Maschinen verkauft oder verlegt. Von ArbeiterInnen selbstverwaltete Betriebe verfügen über weniger (oder gar kein) Kapital als privatkapitalistische Betriebe und haben auch weniger oder keinen Zugang dazu. Häufig bleiben Zulieferer und Vertriebsnetze der Betriebe nicht erhalten, und nicht selten bestehen bei diesen noch Schulden vom Alteigentümer, die die Unternehmen beglichen sehen wollen, bevor sie wieder liefern. In den RBA sind es meist die älteren ArbeiterInnen, die dableiben, während

jüngere und besser qualifizierte das Unternehmen verlassen, da sie sich woanders eine bessere Zukunft erhoffen (Azzellini 2012b; CDER 2014; Chedid et al 2013: 87, 94, 145; Interview Martí, 3.2.2015; Sardá/Novaes 2012). Schließlich müssen die von ArbeiterInnen geführten Betriebe auf dem kapitalistischen Markt mit in- und ausländischen Unternehmen konkurrieren. Im Kapitalismus einen Betrieb aufzubauen, der nicht strikt der Logik des Kapitalismus folgt, demokratische Entscheidungsstrukturen hat und angemessene Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialleistungen bietet, ist außerordentlich schwierig. Entgegen der allgemein weit verbreiteten Annahme, RBA bzw. generell von ArbeiterInnen übernommene Betriebe seien häufiger von der Schließung betroffen als privatkapitalistische Betriebe, hat eine Untersuchung in Argentinien gezeigt, dass RBA eine durchschnittlich längere Lebensdauer als gewöhnliche kapitalistische Privatunternehmen haben. So stellte das CDER fest, dass von 205 RBA, die 2010 untersucht worden waren, bis Ende 2013 nur sechs ihre Pforten schlossen (CDER 2014: 13).

Nahezu alle besetzten Betriebe nehmen, seien es jene in den hier benannten Ländern Südamerikas oder in anderen Ländern auf anderen Kontinenten, die juristische Form von Genossenschaften an (außer Venezuela, s.u.). Dies passiert, obwohl viele ArbeiterInnen gegenüber traditionellen Genossenschaften Misstrauen hegen, da die gesetzlich vorgesehenen Regelungen keine horizontale demokratische Selbstverwaltung aller ArbeiterInnen garantieren und zudem in den meisten Ländern Negativeffahrungen mit Scheingenossenschaften bestehen (Azzellini 2012a; Interview Ruggeri, 11.2.2015). Die RBA werden zu Genossenschaften, weil keine andere legale Form kollektiver Unternehmensführung existiert. Daher ist es notwendig, zwischen Genossenschaften und den RBA zu unterscheiden.

(a) Im Falle der RBA findet ein Prozess statt, der hierarchisch-kapitalistisch organisierte Betriebe (Produktion oder Dienstleistungen), deren primäres Ziel es ist, den aus der Ausbeutung von Lohnarbeit erzielten Mehrwert zu steigern und abzuschöpfen, in demokratisch selbstverwaltete Betriebe verwandelt. Zugleich findet auch eine Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in kollektives Eigentum an Produktionsmitteln statt. Die Form, in der dieser Prozess abläuft, stellt auch das Privateigentum an Produktionsmitteln infrage. Dieser Vorgang ist in Genossenschaften nur selten der Fall.

(b) Die RBA entstehen aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, aus einer Situation des Arbeitskampfes und nicht wie Genossenschaften oder Initiativen der Solidarökonomie aus einem subjektiven Willensakt. Die Umstände und Konsequenzen sind gänzlich andere: Die ArbeiterInnen entwickeln mit den RBA eine kollektive Antwort auf den Angriff des Kapitals und tun dies ausgehend von ihrer Arbeit, ihrer Arbeitsstätte und durch einen Akt, der ihre Identität als ArbeiterInnen reaffirmiert und zugleich deutlich macht, dass eine andere Art zu arbeiten möglich ist. Durch diese Erfahrung der Konfliktivität und des Klassenkampfes ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit eine zentrale Säule, und so reaffirmiert sich die Identität der ArbeiterInnen als ArbeiterInnen ohne Chef (Ruggeri 2014b: 16).

Zu Beginn lehnten die meisten traditionellen Gewerkschaften Betriebsbesetzungen zur Übernahme unter Selbstverwaltung ab oder reagierten schlichtweg nicht auf die Besetzungen. Gewerkschaften vertreten aus ihrer Logik heraus LohnempfängerInnen gegenüber ArbeitgeberInnen. Sie verstehen sich als Vermittler zwischen Arbeit und Kapital. Sie agieren selten in Konflikten außerhalb des legalen Konfliktlösungsrahmens, denn sie sind auf die offizielle und legale Anerkennung ihrer Vermittlerrolle angewiesen. Gewerkschaften engagieren sich selten in Konflikten, die keinen anerkannten Abschluss unter ihrer Vermittlerrolle garantieren. Im Falle von Besetzungen, um Betriebe vor der endgültigen Schließung zu retten und in Selbstverwaltung weiterzuführen, handelt es sich nach der traditionellen Logik von Gewerkschaften um bereits verlorene Schlachten, in denen ein allseits anerkanntes Ergebnis infolge der gewerkschaftlichen Vermittlung nicht garantiert ist. Es gibt zudem keine Lohnabhängigen mehr, und selbst ein positiver Ausgang würde die ArbeiterInnen aus der Lohnabhängigkeit und somit auch aus dem Kreis der traditionellen Gewerkschaftsklientel herausführen. Wie Lynd und Lynd feststellen: „Der Zweck von Gewerkschaften ist ArbeiterInnen zu helfen, ihre Arbeitskraft so vorteilhaft wie möglich zu verkaufen. Gewerkschaften werden immer für diesen Zweck gebraucht werden. Doch während Gewerkschaften notwendig sind, sind sie nicht ausreichend“ (Lynd/Lynd 2000: 1). Wie aber im Einzelnen beschrieben, haben im Laufe der Zeit einige Gewerkschaften in verschiedenen Ländern und Sektoren unterschiedlich auf die Betriebsbesetzungen mit dem Ziel der Selbstverwaltung reagiert und in diversen Fällen eine wichtige Unterstützerrolle eingenommen.

## 1. Argentinien

Ende 2014 existierten in Argentinien etwa 340 Betriebe, die von ArbeiterInnen durch Besetzung vor der Schließung gerettet wurden und in Selbstverwaltung arbeiten (CDER 2014; Interview Ruggeri, 15.1.2015). Zwar hatte es in den 1990er Jahren bereits vereinzelt Besetzungen von Betriebsstätten durch ArbeiterInnen gegeben, doch die massiven Besetzungen begannen rund um die Krise von 2001/02 (Sitrin 2012). Damit kehrte der Kampf der ArbeiterInnen wieder in die Betriebe zurück. Das vorherige Jahrzehnt war dadurch charakterisiert, dass die Gewerkschaften Arbeitskämpfe weitgehend aufgegeben hatten und die ArbeiterInnen, die noch sichtbar kämpften, dies als Arbeitslose taten, ohne Gewerkschaften und außerhalb der Arbeitsstätten (die bekannten „Piqueteros“, die durch ihre Kampferfahrung eine herausragende Rolle im Aufstand von 2001/02 spielten) (Interview Ruggeri, 15.1.2015).

Zum Abschluss der Erhebung zu RBA 2010–2013 des Forschungszentrums CDER existierten in Argentinien landesweit 311 RBA, die 13.462 ArbeiterInnen beschäftigten. Davon wurden 63 seit März 2010 besetzt, davon 41 allein 2012 und 2013 (CDER 2014: 10–11). Im Jahr 2014 kamen erneut mindestens 20 bis 30 weitere RBA hinzu (Interview Ruggeri, 11.2.2015). Die Zahl hat sich somit erhöht, obwohl die aktuelle Krise bei weitem nicht mit der Krise von 2001/02 vergleichbar ist. Die Regierung Kirchner steht den RBA auch nicht so feindlich gegenüber wie noch die Regierungen Anfang des Jahrtausends, als Besetzungen einen sofortigen Konflikt mit dem Staat bedeuteten (Interview Ruggeri, 11.2.2015). Allerdings wurde die Situation teilweise auch schwieriger. 2011 wurde das Konkursgesetz von 1995 reformiert. Dies war seit 2002 eine Forderung der Bewegung der RBA gewesen. Die Reform hatte allerdings nicht das erhoffte Resultat einer Verbesserung zugunsten der ArbeiterInnen. Die Institutionalisierung der Konfliktlösung führte zu einer Bürokratisierung und zur Verlangsamung der Prozesse. Die durchschnittliche Dauer der Besetzungen bis zur Konfliktlösung auf 335 Tage hat sich mit dem Gesetz nahezu verdoppelt. Das ist für die besetzenden Belegschaften sehr problematisch, denn meist muss der Kampf ohne ausreichende Einnahmen zur Absicherung aller ArbeiterInnen aufrechterhalten werden (CDER 2014: 25). Auch die Enteignungen von Betrieben, die zuvor von der Nationalver-

sammlung entschieden wurden, nahmen stark ab, da ja nun das Gesetz alle Probleme lösen sollte (CDER 2014: 29).

Für die seit 2010 neu entstandenen RBA lässt sich feststellen, dass die metallverarbeitenden Betriebe, die in den Vorjahren die größte Gruppe bildeten, nur noch einen kleinen Teil ausmachen, sechs an der Zahl, dafür aber immer noch mit einem großen Anteil an Beschäftigten (27 Prozent). Im Gegenzug sind elf der neuen RBA Druckereien, die sich auch in der Vergangenheit als einer der kämpferischsten Sektoren hervorgetan hatten, und zehn Betriebe der Nahrungsmittel verarbeitenden Industrie (und fünf weitere der Fleischverarbeitung). Jeweils neun Betriebe sind Textilunternehmen und Betriebe im Restaurant- und Gaststättengewerbe (CDER 2014: 17-18). Vor allem das Auftauchen von RBA im Gaststättengewerbe ist unerwartet gewesen, da die Beschäftigten des Sektors traditionell über einen sehr niedrigen Politisierungs- und Organisationsgrad verfügen und Prekarisierung und Fluktuation der Arbeitskräfte hoch sind, was die Organisation weiter erschwert. Die Besetzung und Verwandlung in RBA der zur Unternehmensgruppe Organización Jorge Andino (OJA) gehörenden fünf Restaurants Alé Alé, Mangiata, La Soleada, Don Battaglia und Los Chanchitos in Buenos Aires 2013 inspirierte auch weitere Besetzungen, wie etwa die der beiden Fast-Food-Lokale Nac&Pop Ende 2014 (Interview Emanuel M. 16.2.2015).

Nac&Pop (Abkürzung für „National und Popular“) war eine Kette mit zwölf Geschäften für argentinisches Fast Food in Buenos Aires. Der Besitzer verschuldete sich mit kriminellen Strukturen, reduzierte auf sieben Niederlassungen, die langsam heruntergewirtschaftet wurden, während die Lohnzahlungen verspätet waren und schließlich ausblieben. In zwei Niederlassungen begannen die ArbeiterInnen sich zu organisieren. Emanuel M. von Nac&Pop beim Kongress im Zentrum von Buenos Aires berichtet: „In den letzten anderthalb Jahren gab es viele Unregelmäßigkeiten wie verspäteter Lohn, ungerechtfertigte Entlassungen, oder Schikanen, um Mitarbeiter loszuwerden, wie der ständige Wechsel des Arbeitsortes. Dann haben wir noch gesehen, wie Läden geschlossen wurden. Also haben wir uns gesagt, wir müssen etwas unternehmen. Wir wussten aber nicht wie. Wir hatten keine vorhergehende Erfahrung, keine Beziehung zur Gewerkschaft, wir sind jung, die meisten sind MigrantInnen oder junge Leute mit Familie, Mütter, was es ganz schön schwer macht.“

Aber zugleich gab es den festen Willen, etwas zu unternehmen“ (Interview Emanuel M. 16.2.2015). Die ArbeiterInnen wandten sich an das RBA-Restaurant Alé Alé. Als der Besitzer verschwand, besetzten die Arbeiter am 22. September 2014 ihr Lokal. Seitdem werden *Choripan* und Hamburger in Selbstverwaltung gebraten. Eine weitere ehemalige Nac&Pop-Filiale hat sich ebenfalls als RBA konstituiert, drei Filialen wurden von einem vorherigen Mitbetreiber übernommen und zwei werden von Kreisen kontrolliert, denen der Ex-Besitzer Geld schuldete. Emanuel M. berichtet, sie seien zu Beginn der Besetzung von bewaffneten Männern bedroht und aufgefordert worden, die Besetzung zu beenden. Die ArbeiterInnen der Filiale waren Anfang 2015 dabei, eine Genossenschaft zu gründen, um den Fast-Food-Laden weiterhin basisdemokratisch über ihre Betriebsversammlung zu verwalten. Zu Beginn sei die Selbstverwaltung aufgrund der fehlenden Erfahrung sehr schwer gewesen: „Die Versammlung war das Werkzeug, das es uns erlaubt hat, einen Weg zu finden, unsere Sachen hinzubekommen, sie zu diskutieren und sie zu verwirklichen. Manchmal war es schwer, so viele interne Probleme und die Herausforderungen von außen zu kanalisieren. Es ist die Methode der Versammlung, die es uns ermöglicht hat, voranzukommen.“ (Interview Emanuel M. 16.2.2015)

Die Besetzung von Betrieben zur Produktion in Selbstverwaltung ist in Argentinien in den vergangenen 15 Jahren zu einer konsolidierten und seit 2010 auch wieder expandierenden Praxis geworden. Bereits seit den 1950ern hat es immer wieder Betriebe gegeben, die mittels Arbeitskämpfen in die Selbstverwaltung überführt wurden. Sie wurden jedoch schlicht zu weiteren Genossenschaften (CDER 2014: 9). Die zahlreichen Betriebsbesetzungen in den 1970ern, darunter viele öffentliche Unternehmen, waren politisch motiviert. Sie zielten auf Arbeiterkontrolle und das Garantieren von Produktion und Dienstleistungen und wurden repressiv zerschlagen (Schodeller 2012). Die RBA seit Anfang des Jahrtausends haben hingegen eine sichtbare eigene Bewegung gebildet, eine Kampfpraxis und eine materielle Alternative im kollektiven Erfahrungsschatz der argentinischen ArbeiterInnenbewegung verankert. Die RBA üben über die Grenzen Argentiniens hinaus Ausstrahlungskraft aus und haben Besetzungen und Bewegungen nicht nur in Lateinamerika, sondern im Rahmen der aktuellen Krise auch die Entstehung einzelner RBA in Italien, Frankreich, Griechenland und den USA inspiriert (Azzellini 2015b).

In Argentinien ist die Verbindung mit den umliegenden Communitys und anderen populären Bewegungen intensiv. Dies hat sich in den vergangenen 15 Jahren als eine der besten Garantien gegen Räumung erwiesen. Sowohl die Organisierung gemeinschaftlicher Aktivitäten in, mit und für die Nachbarschaft wie auch die Solidarität aus der Nachbarschaft ist in Argentinien groß. So berichtet z.B. der Arbeiter Manuel Albrech der am 4. Oktober 2015 in Buenos Aires besetzten Mühle Osiris: „Wir haben das eine oder andere Fest organisiert, wir veranstalten jeden Tag ein populäres Grillen für die Nachbarschaft. [...] Es gibt zahlreiche politische Gruppierungen und viele Nachbarn, die uns unterstützen. Der Nachbar gleich gegenüber ist Bäcker, und er gibt uns jeden Tag Brot für das Grillen und er schenkt uns auch Croissants und Gebäck, die Nachbarn kommen vorbei und bringen uns Mate und Kekse und unterstützen uns im Kampf“ (Interview Albrech, 18.2.2015).

Die RBA werden auch von zahlreichen ForscherInnen unterstützt, so etwa von dem Programm Facultad Abierta (Offene Fakultät) der Universität von Buenos Aires, das Andrés Ruggeri leitet und in dem nahezu 20 engagierte ForscherInnen vorwiegend unbezahlt RBA erforschen und unterstützen. Bereits 2004 wurde in diesem Rahmen das Dokumentationszentrum für Rückeroberte Unternehmen (CDER) in der Druckerei Chilavert, einem kämpferischen RBA in Buenos Aires, eröffnet. Die Offene Fakultät bietet zudem Kurse zu RBA an der Universität an und Schulungen für RBA zu verschiedenen Themen. Es wird zu RBA geforscht und veröffentlicht. Auch die alle zwei Jahre stattfindenden lateinamerikanischen und weltweiten „Treffen einer Ökonomie der Arbeiter und Arbeiterinnen“ gehen auf die Initiative der Offenen Fakultät zurück.

Wie Ruggeri verdeutlicht, wird kein Unternehmen nur aus eigener Kraft rückerobert: „Die Bewegung ist das, was sie ist, weil sehr viel Aktivismus und Militanz darin involviert ist, der dafür gesorgt hat, dass die Fabriken bekannt wurden und die Information verbreiteten. [...] Diese Bewegung ist nicht sehr strukturiert und auch nicht sehr organisiert, es sind viele verschiedene Gruppen, die Unterstützung geleistet haben, die auf die eine oder andere Weise mit RBA zusammenarbeiten. Diese Bewegung ist sehr breit, sehr mächtig, sie verändert den Sinn des Unternehmens. Würden die Arbeiter den Betrieb alleine wieder zum Laufen bringen, wenn sie ihn in eine Genossenschaft verwandeln, kann der interne Prozess

noch so radikal sein, wenn es weiterhin ein Unternehmen ist, das nur eine ökonomische Aktivität hat, würde es nicht das Transformationspotenzial haben, das es mit diesem ganzen Netzwerk hat, das die Bewegung umgibt.“ (Interview Ruggeri, 15.1.2015)

Die Reaktion der Gewerkschaften lässt sich hingegen grob in drei Kategorien einteilen. Die meisten Gewerkschaften ignorierten zu Beginn die Besetzungen geschlossener Betriebe völlig oder lehnten die Selbstverwaltung sogar ab. In ihrem traditionellen Gewerkschaftsverständnis sahen sie aufgrund der Schließung der Betriebe keine Rolle mehr für sich. Einige dieser Gewerkschaften kamen nicht umhin, mit der Zeit die Existenz der RBA anzuerkennen und reagieren mittlerweile mit verhaltener Unterstützung in Form von materieller Direkthilfe und der Entsendung von Anwälten. Gerade Letzteres stellt häufig aber eher ein Problem dar. Die Gewerkschaftsanwälte haben keinen Begriff von der politischen Dimension des Kampfes, sondern heben die Auseinandersetzung aufgrund ihrer institutionalisierten Erfahrung auf die rein juristische Ebene, was die Kämpfe schwächt (Interview Ruggeri, 11.2.2015).

Eine zweite Kategorie Gewerkschaften stellt sich gegen den Kampf der ArbeiterInnen. Diese reicht von mafiösen Gewerkschaften oder GewerkschafterInnen, die in Konflikte intervenieren, um sich zu bereichern, bis zu wirtschaftsfreundlichen gelben Gewerkschaften, die im Unternehmerinteresse handeln (Interview Ruggeri, 11.2.2015). So berichten auch knapp ein Fünftel der 2010–2013 entstandenen RBA, die Gewerkschaftsdelegierte im Betrieb hatten, dass diese offen oder versteckt mit der Unternehmensleitung zusammengearbeitet hätten (CDER 2014: 52).

Eine volle Unterstützung der Besetzungen und RBA ist auf lokale Ausnahmen beschränkt, aber dennoch von Bedeutung. Der erste RBA nach 2000 war ein Metallbetrieb in Quilmes, dessen Kampf von der lokalen Sektion der MetallarbeiterInnengewerkschaft UOM (Unión Obrera Metalúrgica) initiiert wurde, während die nationale Leitung der UOM Betriebsbesetzungen ignorierte. Ein derartiges gewerkschaftliches Engagement zeigte sich noch in der UOM Matanza und in der Handelsgewerkschaft von Rosario. Darüber hinaus ist noch die DruckerInnengewerkschaft von Buenos Aires (Federación Gráfica Bonaerense) hervorzuheben, die ab 2003/04 RBA massiv unterstützte, sodass im Druckgewerbe RBA weit verbreitet sind. Die UOM Quilmes gehörte zum Gründungskern der

MNER (Nationale Bewegung Rückeroberter Unternehmen), einer der beiden existierenden Organisationen von RBA in Argentinien. Die zweite ist die MNFRT (Nationale Bewegung der von Arbeitern Rückeroberten Fabriken).

## **2. Uruguay**

Uruguay, dessen Wirtschaft stark mit der des wesentlich größeren Nachbarn Argentinien verflochten ist, wohin auch lange Zeit ein Großteil der uruguayischen Exporte ging, wurde von der Krise Argentinien mitgerissen. 2002 schlossen 35 bis 40 Prozent aller Unternehmen des Landes ihre Pforten. Seitdem sind etwas mehr als 20 unterschiedliche RBA entstanden: Gerbereien, Druckereien, eine Mühle, Fabriken für Kunststoff-, Glas-, Textil- und Metallverarbeitung sowie zur Produktion von Nudeln und von Keramik. Nahezu alle sind Genossenschaften (Rieiro 2015: 273-274).

RBA existieren in Uruguay seit den 1950er Jahren, sie nahmen die Form der ArbeiterInnen-genossenschaft an, die in Uruguay auf eine solide Geschichte verweisen kann. Die Besetzungen seit 2002 wurden dadurch begünstigt, ebenso spielte aber auch das argentinische Beispiel eine inspirierende Rolle (Interview Martí, 3.2.2015). Dennoch blieb die Bewegung in Uruguay weit weniger öffentlich wahrnehmbar als die in Argentinien. Rieiro führt das auf eine Reihe von Gründen zurück. In Uruguay herrscht ein stark reformistisches Staats- und Gesellschaftsverständnis, das auf die institutionelle Kanalisierung gesellschaftlicher Konflikte setzt. So war in vielen Fällen nicht einmal die Besetzung der Unternehmen notwendig, dies geschah nur in Ausnahmefällen, in denen alle Verhandlungskanäle erschöpft waren. In Uruguay kam es nicht zu gewaltsamen Räumungen oder Konfrontationen mit der Polizei. Und ebenfalls im Gegensatz zu Argentinien stießen die RBA nicht auf das Desinteresse oder den Widerstand der Gewerkschaften. Diese Elemente hatten unter anderem in Argentinien für eine größere öffentliche Verbreitung der Konflikte und die Entstehung einer breiten Solidaritätsbewegung gesorgt. Zudem verwandelte sich die ökonomische Krise in Uruguay nicht in eine offen politische Krise, die zu einer Delegation der Institutionen führte (Rieiro 2015: 286-287).

Eine staatliche Unterstützung für RBA setzte bereits 2003/04 ein, noch vor der ersten Links-Regierung der Frente Amplio (FA). Die Unterstützung nahm mit der FA-Regierung ab 2005 zu. Vor allem Pepe Mujica, Präsident der zweiten FA-Regierung 2010–2015, machte die Unterstützung von RBA und selbstverwalteten Betrieben zu einem seiner Steckenpferde. 2011 wurde der Nationale Entwicklungsfond *Fondes* gegründet, aus dem RBA günstige Kredite erhalten. Der Fond wird aus einem Teil der Gewinne der Staatsbank Banco República genährt. Zuletzt standen den RBA über den *Fondes* jährlich etwa 60–70 Millionen US-Dollar Kredite zur Verfügung. 2012 erhielt z.B. der RBA *Envidrio* einen Kredit über US\$ 5,5 Millionen als Zuschuss für den Bau einer zusätzlichen Produktionsanlage. Der Glasbehälterhersteller *Envidrio* wurde 1999 von den ArbeiterInnen besetzt. Zum Zeitpunkt der Kreditbewilligung hatte *Envidrio* 125 Mitarbeiter, deren Produktion den gesamten Landesbedarf an Flaschen und Gläsern abdeckt. Zusätzlich wird nach Argentinien und Paraguay exportiert. US\$ 3,5 Millionen gingen an den Reifen- und Gummihandschuhhersteller *Funsa*. Als einziger RBA Uruguays hatte *Funsa* einen Großinvestor als Teilhaber, der Kredit diente dazu, den Betrieb komplett in Arbeiterselbstverwaltung zu überführen. (El Observador, 9.10.2012; Interview Martí, 3.2.2015)

Die Unterstützung mit günstigen Krediten und andere Beihilfen hat es den RBA in Uruguay relativ rasch ermöglicht, Produktionsanlagen zu kaufen. Allerdings mussten die ArbeiterInnen in den meisten Fällen auch auf ihnen zustehende Löhne und Abfindungen verzichten bzw. diese in den Betrieb investieren (Rieiro 2015: 278). Angesichts der Ankündigung des im März ins Amt gekommenen neuen Präsidenten Tabaré Vázquez (der bereits die erste Linksregierung anführte), den *Fondes* auch für kleinere und mittlere Privatbetriebe zu öffnen, herrscht unter den RBA und ArbeiterInnengenossenschaften Sorge.

Im Unterschied zu Argentinien unterstützen in Uruguay die Gewerkschaften RBA. Der große linke Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT (*Plenario Intersindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores*) vereinigt etwa 200 Gewerkschaften mit ca. 900.000 Mitgliedern. Die Koordination Rückeroberter Betriebe entstand in der Industriesektion des PIT-CNT und verwandelte sich 2007 in die eigenständige Nationale Vereinigung der durch ihre Arbeiter wieder in Betrieb genommenen Unternehmen (ANERT) (Rieiro 2014: 288). Die Annäherung zwischen Gewerk-

schaften und RBA und ArbeiterInnengenossenschaften geht in Uruguay lange zurück. Die 1962 gegründete Föderation der Produktionsgenossenschaften beschloss bereits 1964, alle Genossenschaftsmitglieder müssten zugleich Gewerkschaftsmitglieder sein (Interview Martí, 3.2.2015). Von der Ablehnung von RBA gingen die Gewerkschaften im Laufe der Jahrzehnte zu einer Tolerierung und Koexistenz und seit Ende der 1990er zu einer Unterstützung über. Dies entspricht durchaus dem Geist der ArbeiterInnenbasis in Uruguay, die sich insgesamt als arbeitende Klasse versteht. In der Gewerkschaftsführung hingegen, vermutet der Forscher Martí, könnte die Offenheit gegenüber den RBA darauf zurückzuführen sein, dass sie befürchtete, die RBA könnten eine ganz eigene Organisation gründen, die sich vollständig dem gewerkschaftlichen Zugriff entziehen könnte (Interview Martí, 3.2.2015).

Im Laufe der Zeit sind auch ArbeiterInnengenossenschaften aus der PIT-CNT heraus entstanden, so z.B. der Metallbetrieb Profuncoop, der 2004 aus einer lokalen Arbeitslosengruppe der PTI-CNT gegründet wurde und Lampen für die öffentliche Straßenbeleuchtung produzierte. Anfang 2015 wartete der Betrieb auf die Bewilligung eines Kredits, um den Standort zu wechseln und mit moderneren, gebraucht gekauften Maschinen die Produktion wieder aufzunehmen (Interview Fuentes, 6.2.2015). In den RBA herrscht Klassensolidarität. So berichtet Ramón Martínez von der Gerberei Uruven, wenn ein Streik im Gerbereisektor ausgerufen werde, würden auch sie die Produktion einstellen. Nach fast zwei Jahrzehnten Kampf, unterschiedlichen Betriebsstätten und der Übernahme outgesourcter Auftragsproduktion, begann Uruven Anfang 2015 in einer eigenen Betriebsstätte auf eigene Rechnung zu produzieren (Interview Martínez, 5.2.2015).

Die RBA haben in Uruguay trotz aller Schwierigkeiten ihre Position konsolidieren können. Sie haben nicht nur Arbeitsplätze erhalten und die Produktion in demokratische Selbstverwaltung überführt, sondern eine eigene Struktur gegründet, einen Raum in der Gewerkschaft erobert, neue Allianzen geschmiedet und eine zentrale Rolle für die Erneuerung der Kampfpraxen und Debatten um Arbeit und Selbstverwaltung gespielt (Interview Guerra, 3.2.2015; Interview Martí, 3.2.2015; Rieiro 2014: 290). Auch wenn es seit einigen Jahren keine neuen RBA gegeben hat, wurde die Vorstellungswelt uruguayischer ArbeiterInnen durch die RBA stark beein-

flusst. So haben z.B. 250 ehemalige Angestellte der uruguayischen Traditionsfluggesellschaft PLUNA (Primera Línea Uruguaya de Navegación Aérea) nach der Liquidierung der Fluggesellschaft 2012 unmittelbar eine neue Fluggesellschaft unter Kontrolle der Beschäftigten gegründet. Alas Uruguay erhielt im März und Juni 2015 die ersten beiden von drei Boeing 737 und sollte gegen Ende 2015 die ersten Strecken bedienen. PLUNA, in den 1930er Jahren gegründet, war zuletzt teilstaatlich und teilprivat. Nach der Pleite des privaten Teilhabers Varig 2005 übernahm der Staat wieder 98 Prozent der Anteile und leitete ab 2007 einen erneuten Privatisierungsprozess ein. Nachdem PLUNA weiterhin Verluste einfuhr, liquidierte die Regierung PLUNA im Juni 2012 (Alas Uruguay 2014, 2015; Interview Carugo 3.3.2015).

### 3. Brasilien

Zum Zeitpunkt der letzten Erhebung 2010/11 existierten in Brasilien 69 RBA mit fast 12.000 Beschäftigten (Chedid et al 2013: 34, 40), davon alleine 4.000 ArbeiterInnen des RBA Catende Harmonia, der im große Stil Zuckerrohr anbaut und Zucker und Alkohol produziert (Sardá/Novaes 2012: 514-518). Die RBA sind in den Industrieregionen Brasiliens konzentriert. 55 Prozent befinden sich im Südosten und 32 Prozent im Süden des Landes. RBA finden sich vorwiegend in den Sektoren Metall (45 Prozent), Textilien (16 Prozent), Lebensmittel (13 Prozent) und Chemie (10 Prozent) (Chedid et al 2013: 40). Die Erfahrungen mit Betriebsbesetzungen und der Wiederinbetriebnahme durch ArbeiterInnen sind in Brasilien erstmals in den 1980er Jahren zu beobachten. Die isolierten Fälle, meist Familienunternehmen, weiteten sich in den 1990er Jahren weiter aus. Von den heute existierenden RBA entstanden 21 in den Jahren 1995–1999 und 20 in den Jahren 2000–2004. Seit 2008 sind nur wenige neue RBA entstanden (Chedid et al 2013: 51).

Die erste nationale RBA-Organisation, die *Nationale Vereinigung von Arbeitern und Betrieben in Selbstverwaltung*, ANTEAG, entstand bereits in den frühen 1990er Jahren. 1999 wurde in São Paulo auf Initiative der lokalen Sektionen der Metall- und der Chemiegewerkschaft sowie mit Unterstützung des Gewerkschaftsverbandes CUT die *Vereinigung für*

*Genossenschaften und Solidarökonomie* UNISOL (Einigkeit und Solidarität) São Paulo gegründet und 2004 auf ganz Brasilien ausgeweitet. Heute gehören der UNISOL etwa 280 Genossenschaften und Vereinigungen an, davon 25 RBA. Während diese beiden großen Vereinigungen stark mit dem Genossenschaftswesen und der Solidarökonomie verwoben sind, entstand 2002 die kleinere *Bewegung Besetzter Fabriken* (MFO), die eine Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle fordert und eine Umwandlung in Genossenschaften ablehnt (Chedid et al 2013: 37).

In den Gewerkschaften Brasiliens bestanden zunächst große Widerstände gegen eine Unterstützung der RBA. Dies änderte sich erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durch den zunehmenden Druck aus der Basis und der RBA selbst. Seitdem übernehmen Gewerkschaften häufig eine tragende Rolle in den verschiedenen Etappen des Kampfes der RBA. Sie organisieren die ArbeiterInnen, stellen die Möglichkeiten vor, das Unternehmen offenzuhalten und diskutieren diese, sie verhandeln mit den ehemaligen Eigentümern und engagieren sich bei der Suche nach Finanzmitteln aus öffentlicher und privater Hand. In einigen Fällen sind GewerkschafterInnen auch als MitverwalterInnen in die Verwaltung der Unternehmen einbezogen (Chedid et al 2013: 36-37; Novaes/Sardá 2014: 79; Sardá/Novaes 2012: 507-509).

Die hohe Anzahl von RBA im Südosten des Landes, vorwiegend im Metallsektor und vor allem in São Paulo, ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass Metallbetriebe besonders von der Krise betroffen waren, sondern auch der dortigen Metallgewerkschaft, die früh RBA unterstützte und auch initiierte. Als der Gewerkschaftsdachverband 1996/97 begann, intensiver über RBA zu debattieren, konnte ein Anstieg von neu entstehenden RBA beobachtet werden (Chedid et al 2013: 42). 85 Prozent der RBA berichten, sie haben während des Kampfes um Wiederinbetriebnahme Unterstützung von Gewerkschaften erhalten, 53 Prozent von Universitäten, 48 Prozent von Regierungen oder Regierungsinstitutionen, 23 Prozent von anderen Betrieben und nur 18 Prozent von der Zivilgesellschaft. 32 von 44 dazu befragten RBA stehen nach wie vor in Verbindung mit der Gewerkschaft, 19 mit sozialen Bewegungen oder Parteien. Häufig spielten Gewerkschaften auch nach der Legalisierung der RBA eine wichtige Rolle. In einigen Fällen zog sich die Gewerkschaft aber auch wegen politischer, ideologischer und administrativer Divergenzen mit den Arbei-

terInnen nach der Legalisierung völlig zurück (Chedid et al 2013: 57, 160-162, 166). Die Verankerung der brasilianischen RBA in der Bevölkerung und die Verbindung zu sozialen Bewegungen sind schwächer als in Argentinien.

Diverse linke Stadt- und Regionalregierungen unterstützten bereits im Laufe der 1990er Jahre RBA. 2003 gründete die brasilianische Regierung unter Lula das Nationale Sekretariat für Solidarökonomie (SENAES), das dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung zugeordnet ist (Novaes/Sardá 2014: 81). Dies verdeutlicht allerdings auch den Blick der Regierung auf die RBA und die Selbstverwaltung: Sie werden nicht als gesellschaftliche Alternative gesehen, sondern als Teil der Beschäftigungspolitik. Die staatliche Unterstützung wird von 55 Prozent der RBA als schlecht und von weiteren 15 Prozent als unbefriedigend beschrieben. Als Motive werden fehlende Unterstützung, zu hohe Besteuerung, Schwierigkeiten, Kredite zu bekommen und andere Gründe genannt (Chedid et al 2013: 118-189).

Die seit 2008 zu beobachtende deutliche Abnahme neuer RBA kann wesentlich auf drei Ursachen zurückgeführt werden. Zum einen hat die Krise von 2008 Brasilien viel weniger hart getroffen als andere Weltregionen. 2008 hatte Brasilien eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten seiner Geschichte (Interview Chedid, 6.3.2015). Zum zweiten befinden sich die Organisationen der RBA in der Krise. Den politischen Vorgaben der Regierung folgend, verloren sie die vorhergehende Fokussierung auf Beratung und Unterstützung von ArbeiterInnen in Konfliktsituationen, um sie in Kämpfen um die Selbstverwaltung ihres Betriebes zu unterstützen (Chedid et al 2013: 25). Und schließlich reformierte die Lula-Regierung 2005 das Konkursgesetz, das nach Einschätzung diverser ForscherInnen die Besitzer juristisch begünstigt, wieder Kontrolle über ihre Unternehmen zu erlangen, und ArbeiterInnen entmutigt, eine Wiederinbetriebnahme anzugehen. Die Entstehung von neuen RBA sei durch die Gesetzesreform zumindest mittelfristig erschwert worden (Chedid et al 2013: 25, 68-69; Interview Novaes 8.3.2015; Novaes/Sardá 2014: 81).

Die Zukunftsperspektiven werden aber als nicht so pessimistisch eingeschätzt. 2014 ist die Krise in Brasilien jedoch deutlich zu spüren. In der Automobilindustrie und angegliederten Produktionsunternehmen kam es zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Das Interesse an Betriebsbesetzungen zur Übernahme in Selbstverwaltung wächst wieder

in betroffenen Belegschaften. Im Dezember 2014 fand ein Treffen von 25 RBA aus der Metallgewerkschaft der Industrieregion um São Paulo statt, und dort waren auch ArbeiterInnen eines Metallbetriebs im Konkursverfahren anwesend, die Interesse bekundeten, ihren Betrieb zu besetzen und weiterzuführen. In Rio de Janeiro hat eine Gruppe GewerkschafterInnen die Absicht verkündet, ein ehemaliges Thyssen-Krupp-Unternehmen in die eigenen Hände zu nehmen (Interview Chedid, 6.3.2015).

Im Gegensatz zu Argentinien hat in Brasilien nur eine Minderheit der RBA auch nach der Konsolidierung der Produktionstätigkeit in Selbstverwaltung ein umfangreiches Beziehungsnetz mit anderen sozialen Bewegungen oder Formen solidarischer Ökonomie aufrechterhalten. Nach Wiederinbetriebnahme des RBA ist eine graduelle Distanzierung von anderen Kämpfen und Bewegungen zu beobachten. Ähnlich wie in den konsolidierten Landbesetzungen der brasilianischen Landlosenbewegung MST, überwiegt auch in den RBA das Interesse am schlichten Erhalt des Arbeitsplatzes und des Lohnes am Ende des Monats, der Diskurs konzentriert sich auf die ökonomische Realisierbarkeit der Tätigkeit (Chedid 2013: 24, Novaes/Sardá 2014: 80). Dies fällt zusammen mit einer eher schwachen Bewegung der RBA in Brasilien im Vergleich zu Beginn des Jahrtausends, einem defensiven historischen Kontext sowie einer „Theoriekrise der brasilianischen Linken und dem Fehlen von umfassenderen Kämpfen der Arbeiter in Richtung einer ‚Gesellschaft jenseits des Kapitals‘“ (Sardá/Novaes 2012: 504). Eine stärkere Politisierung ist unter den Fabriken zu beobachten, die eine Verstaatlichung fordern. Einige wenige RBA lehnten die eigene Umwandlung in Genossenschaften ab, da sie dadurch ihre Rechte als ArbeiterInnen verlieren würden. Ihre Forderungen zielen auf eine Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle ab. Finanziell soll der Wert des Unternehmens gegengerechnet werden gegen die Schulden, die die EigentümerInnen mit dem Staat angesammelt haben. Die Ablehnung der Regierung hat allerdings dazu geführt, dass die meisten dieser Betriebe geräumt wurden. Die Kunststoffverpackungsmaterialfabrik Flaskô ist der einzige RBA, der sich nicht in eine Genossenschaft umgewandelt hat und 2015 immer noch unter Arbeiterkontrolle produziert (Sardá/Novaes 2012: 504).

Flaskô in der Stadt Sumaré im Bundesstaat São Paulo befindet sich seit Juni 2003 unter Arbeiterkontrolle, nachdem die Eigentümer Produktion und Lohnzahlungen einstellten und die ArbeiterInnen der Flaskô daraufhin

am 12. Juni 2003 beschlossen, ihren Betrieb zu besetzen. Sie zählten dabei auf die Unterstützung der ehemaligen ArbeiterInnen der Unternehmen CIPLA und Interfibras im Bundesstaat Santa Caterina, die den gleichen Besitzern gehörten und wie Flaskô geschlossen und von den Ex-Beschäftigten besetzt wurden. Die Flaskô-ArbeiterInnen beschlossen, die Produktion ohne Chef und Eigentümer wiederaufzunehmen und dabei auch die Überwindung der Arbeitsteilung anzugehen, also nicht nur die Produktion in ihre Hände zu nehmen, sondern auch Verwaltung und Management. Flaskô hat aktuell 79 Beschäftigte. CIPLA und Interfibras wurden hingegen bereits 2007 gemäß juristischer Entscheidung geräumt. Alle drei Betriebe hatten eng zusammengearbeitet und gemeinsam die Bewegung Besetzter Fabriken gegründet (Chedid et al. 2013: 37, 244). Die Gerichte versuchten auch in Flaskô zu intervenieren, doch die damals 58 ArbeiterInnen warfen den bestellten Konkursverwalter im hohen Bogen aus der Fabrik, als dieser am 21. Juni 2007 versuchte, die Verwaltung zu übernehmen.

Anfang 2005 besetzten die Flaskô-ArbeiterInnen gemeinsam mit örtlichen Familien ein an die Fabrik angrenzendes Stück Land und bauten eine „Arbeiter- und Volkssiedlung“ mit Wohnraum für 560 Familien. Eine angrenzende verlassene Lagerhalle wurde von ArbeiterInnen und Nachbarn ebenfalls besetzt und in eine „Sport- und Kulturfabrik“ verwandelt, wo eine große Vielfalt von Gruppen regelmäßig Filmvorführungen, Theaterstücke, Fußball, Tanz, Judo-Kurse und andere Aktivitäten organisiert. Auch ein Community-Radio wurde dort eingerichtet. Im Februar 2010 begann Flaskô gemeinsam mit Gemeinden und Schulen aus der Region ein Recycling-Projekt: Plastikmüll wird gesammelt und von Flaskô als Ressource für die Produktion verwendet. Zum Anlass des zehnjährigen Jubiläums der Produktion unter Arbeiterkontrolle Mitte Juni 2013 erklärten die Flaskô-ArbeiterInnen: „In den vergangenen zehn Jahren haben wir gezeigt, dass Produktion ohne private Aneignung des Reichtums eine effektive gesellschaftliche Funktion haben kann. Wir konnten die Aussicht des Kampfes aufzeigen, als der Betrieb geschlossen wurde. Soziale Errungenschaften wie die Verkürzung der Arbeitszeit [2008, Anm. d. Aut.] bei vollem Lohnausgleich, auf 30 Stunden in der Woche, sechs Stunden täglich, sind extrem wertvoll.“ Seit Anfang 2015 diskutieren Flaskô und eine eigens dafür geschaffene Kommission der Zentralregierung über Möglichkeiten, den Betrieb aufgrund „gesellschaftlichen Inter-

esses“ vom Alteigentümer auf neue Eigentümer zu übertragen. Die Forderung der *Flaskô*-ArbeiterInnen lautet, den Betrieb zu verstaatlichen und anschließend als öffentlichen Betrieb unter Arbeiterkontrolle weiterzuführen (*Flaskô* 2015). Die Verstaatlichung ist nicht unumstritten unter den RBA und birgt einerseits auch Gefahren<sup>1</sup>, andererseits könnte sie für zukünftige RBA neue Perspektiven eröffnen, da die ArbeiterInnen nicht mehr gezwungen wären, persönliche finanzielle Haftung zu übernehmen und sich die Kapitalsuche einfacher gestalten würde.

#### 4. Venezuela

In Venezuela ist die Situation wiederum gänzlich anders und viel zu komplex, um hier umfassend dargestellt werden zu können. Daher erfolgt nur eine stark verkürzte Zusammenfassung der zentralen Merkmale.<sup>2</sup> Der Unternehmerstreik zum Sturz der linken Regierung 2001–2002 und die damit zusammenhängende Schließung vieler Betriebe führten zu Dutzenden von Betriebsbesetzungen. Ab 2005 begann die Regierung, in Reaktion auf die Mobilisierung von ArbeiterInnen und *Communitys*, geschlossene Betriebe zu enteignen (*Azzellini* 2010, 2012a, 2012b, *Azzellini/Ressler* 2006). Seitdem sind durch gezieltes *Desinvestment* Tausende weiterer Betriebe geschlossen worden, und die Regierung hat Hunderte Betriebe verstaatlicht. Wie viele davon von ArbeiterInnen und *Communitys* (die Beziehung ist in Venezuela sehr eng) für die Wiederinbetriebnahme besetzt wurden, ist unbekannt. Zahlen zu *Rückerober*ten Betrieben existieren in Venezuela nicht. Die Praxis, bei Schließung oder bei Kapitalabzug und Unterproduktion den Betrieb zu besetzen und die Nationalisierung zu fordern, ist aber mittlerweile weit verbreitet (*Azzellini* 2010, 2012a, 2012b, *Azzellini/Ressler* 2006).

Seit 2007 spricht sich die Regierung offiziell für Arbeiterkontrolle und seit 2010 auch für Räte aus (vor allem noch Hugo Chávez selbst). In der Praxis verhindern und sabotieren die meisten staatlichen Institutionen jedoch die Entstehung von Räten und die Umsetzung von Arbeiterkontrolle. Gemäß den Verlautbarungen der Regierung sollten eigentlich alle nichtstrategischen staatlichen Unternehmen (vorhandene, *rückerober*te und neu zu gründende) graduell in „direktes gesellschaftliches Eigentum“

verwandelt werden, d.h. sie werden direkt von ArbeiterInnen und organisierten Communitys verwaltet. Tatsächlich sind aber nur ein Bruchteil der öffentlichen, staatlichen oder kommunalen Unternehmen von ArbeiterInnen und Communitys verwaltet, auch die wenigsten der von ArbeiterInnen rückeroberten und verstaatlichten Betriebe. Die Nationalisierungen haben die Konflikte nicht gelöst, sondern auf eine andere Ebene gehoben, die des Konfliktes mit dem Staat und den Institutionen. Die Frage der Arbeiterkontrolle reicht weit über rückeroberte Betriebe hinaus, und die Kämpfe darum dehnen sich weiter aus. In nahezu allen staatlichen Betrieben und in einem Teil der Institutionen bestehen Konflikte um Arbeiterkontrolle oder mehr Partizipation. Nach diversen Konferenzen und kleineren Koordinationen entstand 2010 die Bewegung für Arbeiterkontrolle (Azzellini 2010, 2012a, 2012b, 2014).

In den vergangenen drei Jahren wurden auch diverse geschlossene Betriebe von ArbeiterInnen und den lokalen Selbstverwaltungsstrukturen der Comunas besetzt und wieder in Betrieb genommen. 2013 kam es zu zwei größeren Konflikten, in denen die ArbeiterInnen zweier staatlicher Industrien – Industrias Diana, größter Margarine- und Speiseölhersteller des Landes, und Lacteos los Andes, größter Milch-, Joghurt- und Saftproduzent – Abkommen zur gezielten Umsetzung der Arbeiterkontrolle erzielten (Azzellini 2016b).

## **5. Einige Schlussfolgerungen**

Die RBA erhalten nicht nur Arbeitsplätze und Produktion, sondern verwandeln den Betrieb in einen Ort demokratischer Entscheidungen. Es entstehen neuartige soziale Beziehungen und es verändert sich die Arbeitsweise. In der Untersuchung der brasilianischen RBA antworteten 71 Prozent der RBA, Arbeitsunfälle hätten mit der Selbstverwaltung abgenommen, während 29 Prozent angaben, keine Veränderung festgestellt zu haben (Chedid et al. 2013: 148). Trotz des Widerspruchs, dass sich die RBA im Rahmen der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise entwickeln, vermitteln sie bedeutende Erkenntnisse und Erfahrungen für andere und zukünftige Arbeitskämpfe, gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Transformationsperspektiven. Die Anzahl der RBA mag im

Vergleich zur Gesamtheit existierender Betriebe verschwindend gering erscheinen, entsprechend ist auch ihr Anteil am BIP der jeweiligen Länder. Doch in der Situation der strukturellen Krise des Kapitals und gegenüber Gewerkschaften, die den Kampf um Umverteilung und strukturelle Veränderungen schon lange nicht mehr im Blick haben, zeigen die RBA, dass es auch ohne Chefs geht, und weisen einen Weg aus der Defensive der Arbeitskämpfe heraus.

Wie Victor Wallis richtig feststellt: „Es ist die Überwindung dieser Unterdrückung, die selbst so alt wie der Kapitalismus ist, welche das explosive Moment der Arbeiterkontrolle ausmacht. Arbeiterkontrolle zielt auf mehr als nur eine neue Art, die Produktion zu organisieren; sie ist auch ein großes Freilassen menschlicher kreativer Energie. In diesem Sinne ist sie an sich revolutionär“ (Wallis 2012: 21). In den RBA ist zu beobachten, wie die ArbeiterInnen neue Produkte erfinden, neue Formen der Organisation, neue Wege der Produktion und wie sie vor allem – was als zentral zu betrachten ist – neue und neuartige gesellschaftliche Produktionsverhältnisse und neue soziale Beziehungen aufbauen. Durch ihre Aktivitäten und ihre Organisationsformen stellen die RBA Privateigentum an Produktionsmitteln, den kapitalistischen Produktionsprozess, herkömmliche Hierarchien und die kapitalistische Arbeitsteilung infrage. Sie unterstützen andere Kämpfe, vor allem von anderen ArbeiterInnen in ähnlicher Situation, und sie bilden Netzwerke mit anderen Betrieben unter Arbeiterkontrolle, mit Forschern aus Universitäten, mit anderen sozialen Bewegungen und mit den sie umgebenden Communitys.

Die Bemerkung von Riero zur Situation in Uruguay lässt sich auch auf andere Länder ausdehnen. Er stellt fest: „Wenn in einem Unternehmen die Teilung zwischen Eigentümern und Nicht-EigentümerInnen fällt, dann tritt mit aller Wahrscheinlichkeit eines von zwei Phänomenen auf. Erstens, dass ArbeiterInnen autoritäre Rollen annehmen und damit die hierarchischen Klassenbeziehungen reproduzieren. Oder zweitens, dass die Arbeiter nicht nur die Ausbeutungsverhältnisse hinterfragen, die der Trennung in ArbeiterInnen und BesitzerInnen innewohnen, sondern auch die eigentliche Norm, welche die Ausbeutung mittels einer Kultur naturalisierter Unterwerfung ermöglicht, wiederholt und rechtfertigt. Die ArbeiterInnen, die in der Lage sind, sich selbst als Teil eines kollektiven Unterfangens zu verstehen und zu definieren, das weder Bosse noch kapitalistische

Beziehungen braucht, erzielen die Art von Autonomie, die die Grundlagen herausfordert, auf denen der Kapitalismus erbaut wurde, und damit also eigentlich seine Hegemonie“ (Rieiro 2015: 279).

Während in Argentinien und Venezuela die Besetzung von Betrieben, die Entstehung von RBA und, im besonderen Fall Venezuelas, die Kämpfe um Arbeiterkontrolle seit Beginn des Jahrtausends zum festen Repertoire vieler Arbeitskämpfe gehören und tendenziell eher zu- als abnehmen, sieht die Situation in Brasilien und Uruguay anders aus. Es wäre dennoch falsch, die RBA als Bewegung und Praxis dort abzuschreiben. Es existiert eine beträchtliche Anzahl von RBA, die sich halten. Die Option der Besetzung des Betriebs, um ihn in Selbstverwaltung fortzuführen, gehört auch hier zum kollektiven Erfahrungsschatz der ArbeiterInnenbewegung. In Brasilien lässt die aktuelle Krise das Interesse unter ArbeiterInnen an RBA wieder wachsen. Die Negativeinschätzung uruguayischer Forscher (Interview Guerra, 3.2.2015; Interview Martí, 3.2.2015) im Hinblick auf weitere RBA erscheint voreilig. Die jüngste Erfahrung Argentiniens hat gezeigt, wie RBA auch in ganz neuen Sektoren entstehen können.

In den Ländern und Fällen, in denen Gewerkschaften in Kämpfen um RBA Unterstützung leisten, war diese häufig bedeutend. Initiativ und entscheidend ist aber nahezu immer die Selbstorganisation der ArbeiterInnen gewesen. Ihre autonome Organisation in den Betrieben kann viel schneller und machtvoller auf Veränderungen oder Bedrohungen reagieren als Gewerkschaften das können, und sie ist in der Lage, viel mehr zu erreichen, wie es die 1960er und 1970er Jahre gezeigt haben. Selbstorganisierte ArbeiterInnen in einem Betrieb können Kampfformen entwickeln und Allianzen schmieden, zu denen Gewerkschaften in der Regel nicht fähig sind (wegen ihrer Verpflichtung zur Rechtmäßigkeit und vorher festgelegten Konfliktmechanismen).

Gemeinsam mit anderen populären Bewegungen könnten RBA eine neue historische Konjunktur emanzipatorischer Kämpfe entfachen, in der die Überwindung der entfremdeten Arbeit wieder ins Zentrum rückt. Zusammen mit Genossenschaften, KleinproduzentInnen, Tauschnetzwerken, lokalen Währungen, Erzeuger-Verbraucher-Netzwerken, Initiativen der Solidarökonomie, Kämpfen für Commons und anderen Bewegungen bilden die RBA das Geflecht, aus dem eine neue Ökonomie, eine Ökonomie von ArbeiterInnen für ArbeiterInnen, entstehen kann.

- 1 So z.B. Kooptation, Bürokratisierung der Vorgänge, Korruption (da die Verwaltung in der Regel in Lateinamerika stark korrupt ist) oder Entsendung staatlich eingesetzter Leitung, die entweder fachlich ungeeignet ist und den politischen Interessen der zuständigen staatlichen Behörde entspricht oder politisch ungeeignet ist und eine traditionelle unternehmerische Herangehensweise pflegt. Aus beiden Situationen entstehen Produktionsprobleme und Konflikte im Unternehmen. Hinzu kommt die Gefahr, dass das Unternehmen bei Veränderung der Gesamtsituation oder der Regierung wieder geschlossen oder privatisiert werden kann. Siehe zu den Problemen, die aus der Verstaatlichung entstehen können Azzellini/Ness 2012c; Azzellini 2015a und spezifisch für das Beispiel Venezuela Azzellini 2014; 2016a; 2016b.
- 2 Für weitergehende Analysen zur Frage von RBA, Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung siehe Azzellini 2010; 2012a; 2012b; 2014; 2016a; 2016b und Azzellini/Ressler 2006.

## Literatur

- Alas Uruguay (2014): Nace la Nueva Aerolínea del Uruguay. PPP. Zur Verfügung gestellt von Alas Uruguay Gründungsmitglied Mauro Carugo Luzardo, 3.3.2015.
- Alas Uruguay (2015): Uruguay cada vez más cerca de tener alas. Juni 2015. Online-Version: <http://www.alasuruguay.com.uy/news/#lp-pom-box-483>.
- Azzellini, Dario (2016a): *Communes and Workers' Control in Venezuela: Creating 21st-Century Socialism from Below*. Leiden: Brill Press (forthcoming).
- Azzellini, Dario (2016b): *Workers control and class struggle in state owned companies in Venezuela*. In: *Latin American Perspectives* (forthcoming).
- Azzellini, Dario (Hg.) (2015a): *An Alternative Labour History. Worker Control and Workplace Democracy*. London/New York: Zed Books.
- Azzellini, Dario (2015b): *Contemporary Crisis and Workers' Control*. In: Azzellini, Dario (Hg.) (2015): *An Alternative Labour History. Worker Control and Workplace Democracy*. London/New York: Zed Books, 67-99.
- Azzellini, Dario (2014): *Venezuela's social transformation and growing class struggle*. In: Spronk, Susan/Webber, Jeffery R. (Hg.): *Crisis and Contradiction: Marxist Perspectives on Latin America in the Global Economy*. Leiden: Brill Press. 138-162.
- Azzellini, Dario (2012a): *From Cooperatives to Enterprises of Direct Social Property in the Venezuelan Process*. In: Piñero Harnecker, Camila (Hg.): *Cooperatives and Socialism. A View from Cuba*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 259-278.
- Azzellini, Dario (2012b): *Arbeiterkontrolle unter der Bolivarianischen Revolution in Venezuela*. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): *Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute*. Köln: Neuer ISP Verlag, 480-502.

- Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.) (2012c): Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute. Köln: Neuer ISP Verlag.
- Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. Hamburg: VSA.
- Azzellini, Dario/Ressler, Oliver (2006): 5 Factories – Workers Control in Venezuela (film). Caracas/Berlin/Vienna.
- Centro de Documentación de Empresas Recuperadas (CDER) (2014): Nuevas Empresas Recuperadas 2010–2013. Buenos Aires: Continente.
- Chedid Henriques, Flávio/Moreira Sígolo, Vanessa/Rufino, Sandra/Santos Araújo, Fernanda/Nepomuceno, Vicente/Baptista Giroto, Mariana/Paulucci, Maria Alejandra/Nogueira Rodrigues, Thiago/Rocha Cavalcanti, Maíra/Sardá de Fari, Maurício (2013): Empresas Recuperadas por Trabalhadores no Brasil: Resultados de um Levantamento Nacional. Rio de Janeiro: Editorial Multifoco.
- Cunninghame, Patrick (2015): Self-management, Workers' Control and Resistance against Crisis and Neoliberal Counter-reforms in Mexico. In: Azzellini, Dario (Hg.): An Alternative Labour History. Worker Control and Workplace Democracy. London/New York: Zed Books, 242-272.
- El Observador: Envidrio recibió primer crédito del Fondes para empresas recuperadas. 09.10.2012. Online-Version: <http://www.elobservador.com.uy/noticia/234340/envidrio-recibio-primer-credito-del-fondes-para-empresas-recuperadas/#divEnviar>.
- Flaskô (2013): Invitation to the Conference of 10 years of Flaskô Occupied Factory – June 14<sup>th</sup> to 16<sup>th</sup>, 2013. <http://www.fabricasocupadas.org.br/site/index.php/noticias/3327-invitation-to-the-conference-of-10-years-of-flasko-occupied-factory-june-14th-to-16th-2013>. 23.3.2015.
- Flaskô (2015): Campanha pela adjudicação da Flaskô!. <http://www.fabricasocupadas.org.br/site/index.php/noticias/3498-voce-apoia-a-adjudicacao-da-flasko-entenda-melhor-veja-quem-assina-e-apoie-esta-campanha>. 14.4.2015.
- Gramsci, Antonio (1967): Gewerkschaften und Räte (L'Ordine Nuovo, 11.10.1919). In: Riechers, Christian (Hg.): Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis – Eine Auswahl, Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Lynd, Staughton/Lynd, Alice (2000): The New Rank and File. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Mandel, Ernest (Hg.) (1971): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Novaes, Henrique T./Sardá De Faria, Maurício (2014): ¿Para donde van las Empresas Recuperadas por los Trabajadores brasileños? In: Ruggeri, Andrés et al. (2014): Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. Cooperativas y empresas recuperadas en tiempos de neoliberalismo. Buenos Aires: Continente.75-90.
- Rieiro, Anabel (2015): Collective Self-management and Social Classes: The Case of Enterprises Recovered by Their Workers in Uruguay. In: Azzellini, Dario:

- An Alternative Labour History: Worker Control and Workplace Democracy. London: Zed Books, 273-297.
- Ruggeri, Andrés (2014a): ¿Que son las Empresas Recuperadas? Autogestión de la clase trabajadora. Buenos Aires: Continente.
- Ruggeri, Andrés (2014b): Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. In: Ruggeri, Andrés et al. (2014): Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. Cooperativas y empresas recuperadas en tiempos de neoliberalismo. Buenos Aires: Continente, 13-26.
- Ruggeri, Andrés/Novaes, Henrique/Sarda de Faría, Mauricio (2014): Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. Cooperativas y empresas recuperadas en tiempos de neoliberalismo. Buenos Aires: Continente.
- Sardá De Faria, Maurício/Novaes, Henrique T. (2012): Die Zwänge der Arbeiterkontrolle bei besetzten und selbstverwalteten brasilianischen Fabriken. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute. Köln: Neuer ISP Verlag. 503-527.
- Scodeller, Gabriela (2012): Argentinien: Arbeiterkontrolle in Mendoza 1973. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute. Köln: Neuer ISP Verlag, 308-326.
- Sitrin, Marina (2012): Everyday Revolutions. Horizontalism and Autonomy in Argentina. London/New York: Zed books.
- Wallis, Victor (2012): Arbeiterkontrolle und Revolution. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute. Köln: Neuer ISP Verlag. 20-45.

## Interviews

- Albrech, Manuel, Molino Osiris, Arbeiter, Buenos Aires, Argentinien, 18.2.2015.
- Carugo Luzardo, Mauro, Alas Uruguay, Gründungsmitglied, via E-Mail, 3.3.2015.
- Chedid Henriques, Flavio, Universidade Federal do Rio de Janeiro, Brasilien, Sozialforscher, via E-Mail, 6.3.2015.
- Fuentes, Gustavo, Profuncoop, Arbeiter, Montevideo, Uruguay, 6.2.2015.
- Guerra, Pablo, Dozent und Forscher, Schwerpunkt: Solidarische Ökonomie, Juristische Fakultät, Universität der Republik, Montevideo, Uruguay, 3.2.2015.
- M., Emanuel, Nac & Pop Congreso, Arbeiter, Buenos Aires, Argentina, 16.2.2015.
- Martí, Juan Pablo, Dozent und Forscher, Schwerpunkt: Soziale und Solidarische Ökonomie, Sozialwissenschaftliche Fakultät und Wirtschaftsgeschichte, Universität der Republik, Montevideo, Uruguay, 3.2.2015.
- Martínez, Ramón, Uruven, Arbeiter, Montevideo, Uruguay, 5.2.2015.
- Novaes, Henrique T., Universidade Estadual Paulista – UNESP Marília, Brasilien, Ökonom, via E-Mail, 8.3.2015.

Ruggeri, Andrés, Universidad de Buenos Aires, Direktor des CDER, Buenos Aires, Argentinien, 15.1.2015.

Ruggeri, Andrés, Universidad de Buenos Aires, Direktor des CDER, Buenos Aires, Argentinien, 11.2.2015.

## **Abstract**

Der Beitrag betrachtet die Besetzung von Betrieben und die Übernahme der Produktion durch die Beschäftigten in Argentinien, Brasilien, Uruguay und, in geringerem Maße, Venezuela. Dabei werden die „Rückerobernten Betrieben unter Arbeiterkontrolle“ (RBA) als mögliche Wiederbelebung von Arbeitskämpfen analysiert und sowohl Differenzen zu den dominanten gewerkschaftlichen Herangehensweisen und Praktiken als auch die Unterschiede zu herkömmlichen Genossenschaften herausgearbeitet. Um das mögliche transformatorische Potenzial der RBA und ihre Entwicklung in der aktuellen Krise zu untersuchen, wird auch auf das Verhältnis der RBA zu anderen populären Bewegungen sowie auf die regulierenden Initiativen der Regierungen und ihre Auswirkungen eingegangen.

The article deals with the takeover of workplaces so as to place them under worker's control in Argentina, Brazil, Uruguay and (to a lesser extent) Venezuela. The "recuperated companies under workers' control" are analyzed from the perspective of the possible revitalization of labor struggles. The article points out differences to both, to dominant trade union approaches and practices, as well as to traditional co-operatives. To investigate the possible transformative potential of the recuperated companies and their development in the current crisis, it addresses the relationship of the recuperated companies to other popular movements, as well as the regulatory initiatives by governments and their impact.

Dario Azzellini,

Institut für Soziologie, Abteilung Politik und Entwicklungsforschung,  
Johannes Kepler Universität Linz

dario.azzellini@jku.at, [www.azzellini.net](http://www.azzellini.net)